



Die 190 000 Milchkühe in Sachsen machen ihren Melkern Kummer: Sie bringen Verluste ein. Bald gibt es Geld vom Staat für Bauern, die weniger Liter liefern.

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Wenn Milch nicht gut läuft

Der Milchwirtschafts-Experte Sebastian Hess über zu viele Kühe, Bauern in Geldnot – und die Gewinner der Krise

Herr Professor Hess, der Milchpreis ist so niedrig, dass viele Landwirte Verluste machen. Wird der Preis bald wieder steigen?

Es gibt jetzt EU-weit Anzeichen für leicht steigende Preise für Rohmilch, die auf Tagesbasis gehandelt wird. Das ist aber ein Anstieg auf niedrigem Niveau. Ich kann nicht einschätzen, ob das eine Trendwende ist.

Was war denn die Ursache für den Preisverfall? Die einen nennen das Russland-Embargo, andere eine Milchschwemme in Holland, wer hat recht?

Wie immer in der Marktwirtschaft spielen Angebot und Nachfrage eine Rolle. Das Russland-Embargo hat ebenso zur Nachfrageschwäche beigetragen wie die Entwicklung in China. Gleichzeitig gab es ein starkes Angebot in Europa und überall auf der Welt. Viele Landwirte haben investiert. Ob Irland, Niederlande oder Deutschland, die Produktion wurde ausgeweitet, weil die Aussichten gut waren. Der Export war zuletzt auch gar nicht mehr so schwach.

Voriges Jahr wurde die Milchquote abgeschafft, also eine staatlich festgesetzte Höchstmenge in der EU. Würde eine neue Obergrenze gegen die Milchkrise helfen?

Die alte Milchquote hat schon nicht geholfen. 2009 gab es schon mal ähnlich niedrige Preise wie jetzt, nur nicht so lange. 2012 gab es wieder ein Preistief. Daher wende ich mich auch gegen den Begriff Milchkrise. Es sind eher wiederkehrende Niedrigpreisphasen. Die Landwirte erleben das natürlich als Krise. Doch sie werden sich darauf einstellen müssen, dass die Preise stark schwanken.

Aber Kühe lassen sich nicht beliebig auf- und zudrehen. Lässt sich die Milchmenge mit dem Futter regulieren?

Nur wenig. Entscheidend für die Produktionsmenge eines Hofes ist mittelfristig, wie viele von den neu geborenen Kälbern in die Milchproduktion übernommen werden. Außerdem muss der Landwirt entscheiden, ob die Kühe bei nachlassender Milchleistung sofort oder erst später gemerzt werden, also geschlachtet.

Das ist auch eine Tierschutzfrage. Sind die Kühe zu sehr auf Höchstleistung getrimmt und werden zu früh krank oder geschlachtet?

Ich bin kein Veterinärwissenschaftler und kann das Tierwohl schwer beurteilen. Für den Markt ist es zunächst einmal gleich, ob 10 000 Liter im Jahr von einer Kuh kommen oder von zwei Kühen je 5 000 Liter, aber für den Landwirt ist es wirtschaftlicher, nur eine Kuh unterhalten zu müssen. Hohe Leistung pro Kuh ist also nicht das Problem der aktuellen Niedrigpreisphase. Aber im Durchschnitt bekommt eine Milchkuh in Deutschland in ihrem Leben nur etwa zweieinhalb Kälbchen. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, dass es vorher etwa zwei Jahre dauert, eine Milchkuh aufzuziehen. Es liegt im wirtschaftlichen Interesse der Landwirte, solche Effizienzreserven zu finden und anzugehen.

Manche Betriebe haben in den vergangenen Jahren auch Biogas-Anlagen gebaut und machen Strom aus Gülle – gleicht das die Milchpreisverluste aus?

Zumindest einen Teil. Wenn Milch gerade nicht gut läuft, können manche Landwirte diesen Betriebszweig quersubventionieren, mit Einnahmen aus der Energie. Außerdem müssen sie darauf achten, in guten Zeiten Rücklagen zu bilden. Es ist eine unternehmerische Entscheidung, ob der letzte Euro in die Ausweitung der Produktion gesteckt wird oder ob Geld zurückgelegt wird für Zeiten mit niedrigeren Einnahmen. Eine Hilfe kann zudem die Absicherung über Warenterminbörsen sein.

Manche Bauern geben jetzt ihre Kühe auf. Werden noch viele folgen?

Es gibt zwar immer einen Strukturwandel, aber derzeit hören mehr Landwirte auf als in den Niedrigpreisphasen der Jahre 2009 und 2012. Damals haben manche einen Kredit aufgenommen, der noch nicht abbezahlt ist. Als erste gehen diejenigen insolvent, die sehr ambitioniert investiert haben und nun keine Kredite mehr bekommen. Wenn ein spezialisierter Milchviehbetrieb besonders wenige andere Betriebszweige hat, dann wird er wahrscheinlich weiter Milch produzieren und versuchen, die Zeit zu überstehen.



Sebastian Hess ist Professor für die Ökonomie der Milch- und Ernährungswirtschaft an der Universität zu Kiel. Foto: privat

Liefern manche Höfe jetzt sogar mehr Milch statt weniger?

Ja, sie wollen ja ihre Einnahmen etwas stabilisieren. In Einzelfällen haben Banken sogar Betrieben noch Kredite gegeben, um trotz niedriger Milchpreise mehr Kühe anzuschaffen und mehr zu produzieren, damit mehr Geld zum Bedienen laufender Verpflichtungen in die Kasse kam.

Das neue Hilfsprogramm der EU soll nun Bauern belohnen, wenn sie weniger Milch liefern. Ist das eine Prämie zum Aufgeben?

Es gibt insbesondere Geld für eine Milchmenge, die zeitweilig nicht produziert wird. Das ist zunächst keine Prämie zum Abschaffen der kompletten Herde. Ob der gewünschte Effekt eintritt, ist die Frage. Solche Programme müssen erst einmal verwaltet werden. Dabei müssen Mitnahmeeffekte vermieden werden, also Belohnungen für etwas, das auch sonst eingetreten wäre.

Wie könnte der Staat stattdessen helfen?

Die Milchviehbetriebe brauchen Geld, um Rechnungen zu bezahlen – zum Teil bekommen sie etwas aus dem Hilfsprogramm. Den schwächeren Betrieben hilft Beratung dabei, die Gesundheit der Herden und die Futterqualität zu verbessern und so Kosten zu senken. Langfristig hilft eine sinnvolle Strategieberatung vor allem Familienbetrieben. Sie dürfen nicht in Panik geraten und der Bank die letzten Vermögenswerte geben. Aber marktwirtschaftlich gesehen ist es besser, wenn schwache Betriebe entweder ihre Produktivität verbessern oder früh aussteigen, damit die Krise für die anderen nicht so tief wird.

Gibt es auch Landwirte, die gestärkt aus der Krise hervorgehen?

Wer auf Milch setzt, hat im Moment eine sehr, sehr schwierige Zeit. Der Markt für Biomilch ist allerdings weitgehend abgekoppelt, dort ist die Nachfrage größer als das Angebot. Für Biomilch bekommen Bauern bis zu 50 Cent pro Liter. Auch Markenprodukte und regionale Spezialitäten werden besser bezahlt als markenlose Milch, manche Landwirte bieten Heumilch oder Weidemilch mit Erfolg an. Manche Betriebe, die verschiedene Einnahmequellen haben, überstehen die Zeit der niedrigen Preise besser und können vielleicht Höfe übernehmen, die zum Verkauf stehen.

In Ostdeutschland gibt es viele Großbetriebe, die aus Produktionsgenossenschaften (LPG) hervorgegangen sind. Sind sie stabiler als andere?

Wenn Betriebe mehrere Einnahmequellen haben und die Verluste aus der Milch einigermaßen ausgleichen können mit Einnahmen aus Ackerbau oder Energie, dann geht ihnen nicht so schnell das Geld aus wie reinen Milchviehbetrieben. In den meisten neuen Ländern schrumpft aber die Zahl der Betriebe, die mehr als 500 Kühe haben. Dagegen gibt es rapide wachsende Familienbetriebe in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Nur weil Betriebe groß sind, wachsen sie nicht unbedingt weiter. Zur Milchproduktion werden Leute gebraucht, die voll dahinterstehen. Manche Höfe geben die Kühe auf, wenn der letzte Melker in Rente geht. Für Milch braucht man Passion.

Mit welchem Milchpreis rechnen Sie in ein paar Monaten?

Ich werde mich mit Prognosen zurückhalten. Wo eben noch Russland oder China den Preis beeinflussen haben, spielt bald vielleicht der Brexit eine Rolle. Wir erleben eine globalisierte Ernährungswirtschaft. Langfristig sind die Vorhersagen für Milch günstig, durch die Entwicklung in den Schwellenländern. Doch ich rate den Landwirten, sich auf schwankende Marktentwicklungen einzustellen. Damit müssen andere Branchen auch klarkommen.

■ Das Gespräch führte Georg Moeritz.

Kohle-Übergabe erst im Herbst

Berlin/Cottbus. Die eigentlich bis Ende August geplante Übergabe der Vattenfall-Braunkohlesparte in Ostdeutschland an die tschechische EPH-Gruppe verzögert sich. „Es sieht momentan so aus, als würde die Transaktion im Herbst erfolgen“, sagte ein Vattenfall-Sprecher am Donnerstag und bestätigte einen Handelsblatt-Bericht. Als Grund für die Verzögerung nannte der Konzern die noch laufende Prüfung des Verkaufs durch Kartellbehörden der EU-Kommission. Diese müssen den Deal noch genehmigen.

Im Juli hatte die schwedische Regierung dem Verkauf des Braunkohlegesäfts des Staatskonzerns zugestimmt. Vattenfall will unter anderem den Fokus stärker auf erneuerbare Energien legen. In der Lausitz liegt das zweitgrößte Braunkohlerevier Deutschlands. Vattenfall betreibt vier Gruben in Brandenburg und Sachsen – rund 8 000 Menschen arbeiten in der Branche. Der tschechischen EPH-Gruppe gehört in Deutschland bereits das Bergbauunternehmen Mibrag mit Sitz in Zeitz (Sachsen-Anhalt). (dpa)

NACHRICHTEN

Hermes lässt die Roboter los

Hamburg. Der Paketlieferant Hermes startet seine Zustellung per Roboter im August in Hamburg. Dabei gehe es zunächst um einen Testbetrieb bis zum Jahresende, kündigte der Vorstandschef von Hermes Deutschland, Frank Rausch, am Donnerstag an. Als Teil der Otto Group spiele der Standort Hamburg für Hermes eine wichtige Rolle – „und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch emotional“, begründete er die Entscheidung für die Hansestadt. In drei Stadtteilen soll jeweils ein rollendes Kleinfahrzeug Pakete von ausgewählten Shops zu Testkunden bringen – über die Fußwege. Entwickelt wurden die Roboter von dem estländischen Unternehmen Starships Technologies. (dpa)

Kraftwerk-Großaufträge stimmen Siemens froh

München. Siemens hat nach einem starken dritten Geschäftsquartal seine Gewinnprognose für das laufende Jahr angehoben. Der Elektrokonzern erreichte dank mehrerer Großaufträge für Kraftwerke und Windparks den höchsten Auftragsbestand in der Unternehmensgeschichte. Der Siemens-Umsatz legte um 5 Prozent und der Auftragsbestand um 6 Prozent zu. Größter Treiber war das Energiegeschäft, das die Hälfte zum Konzernumsatz und -ergebnis beisteuert. Das Betriebsergebnis stieg um 20 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro. (dpa)

Mehr Lehrlinge für Sachsens Handwerk

Chemnitz. Das sächsische Handwerk zeichnet nun Start in das neue Lehrjahr eine Zunahme von Auszubildenden. Allein in Chemnitz haben 1 322 Jugendliche einen Lehrvertrag unterschrieben, sagte Handwerkskammer-Präsident Dietmar Mothes am Donnerstag. Das seien rund fünf Prozent mehr als 2015. Sachsenweit beginnen in diesen Tagen knapp 3 500 junge Menschen eine Lehre im Handwerk. Den größten Zuwachs an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verzeichnet demnach mit knapp 14 Prozent die Handwerkskammer Dresden. Dennoch meldet das Handwerk noch rund 1 300 freie Lehrstellen. (dpa)

Aus der Traum vom sauberen Diesel?

Die Firma Clean Diesel Ceramics in Großröhrsdorf ist offenbar zahlungsunfähig. Das Vorzeige-Unternehmen war 2008 gestartet.

VON REINER HANKE

In der Firma Clean Diesel Ceramics (CDC) kriselte es schon vor drei Jahren. Jetzt steht das ehemalige Großröhrsdorfer Vorzeige-Unternehmen vor dem Aus, es ist zahlungsunfähig. Rechtsanwalt Dr. Franz-Ludwig Danko von der Sozietät Kübler in Dresden wurde zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt. Ob das Unternehmen eine Zukunft hat, kann die Insolvenzverwaltung derzeit noch nicht sagen: „Wir prüfen, ob eine Fortführung des Geschäftsbetriebs möglich ist.“ sagt Sebastian Glaser, Sprecher des vorläufigen Insolvenzverwalters. Die Produktion sei zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags aber schon stark zurückgefahren gewesen. Derzeit seien noch elf Mitarbeiter beschäftigt. Ihre Löhne seien

über das Insolvenzgeld bis Ende September gesichert. Dabei hatte die GmbH mit erstmals bis zu 30 Beschäftigten mit einer neuen Technologie zur Abgasreinigung bei Großdieselfahrzeugen für Aufsehen gesorgt: für Bau- und Landmaschinen zum Beispiel. Es handelt sich um einen speziellen Rußpartikelfilter aus Keramik. Furios war die Hightech-Firma im vorigen Jahrzehnt damit gestartet und zog 2008 in seinen Großröhrsdorfer Neubau. Die Firma war ein Kind von Wissenschaft und Unternehmensegeist. So war der Filter ein Gemeinschaftsprojekt des Fraunhofer-Instituts für keramische Technologien und Systeme in Dresden und CDC. Die Dresdner Forscher wurden für diesen Höchstleistungs-Filter aus Keramik 2009 mit dem Fraunhoferpreis geehrt. Das Gemeinschaftsprojekt droht nun zu scheitern.

Mit dieser Keramik-Technik sollen 99,9 Prozent der Schadstoffe aus den Abgasen gefiltert werden können. Nur eine Handvoll Firmen gebe es, die das nötige Know-how hätten, solche Filter herzustellen, ließ Geschäftsführer Dr. Thomas Rahn damals

wissen, der zugleich Chef der Huss-Group als Muttergesellschaft ist. Zu dieser gehört CDC nicht mehr. Huss hatte sich aber als Spezialist für Abgasfilter für Automobile profiliert. Mehr als zehn Millionen Euro flossen wohl insgesamt in den Standort Großröhrsdorf. Sie wurden in die Hoffnung investiert, ein krisenfestes Produkt auf dem Markt zu haben. Dieses fußte auch auf dem Vertrauen auf immer schärfere Umweltgesetze und EU-Abgasnormen. Schlagzeilen machte das Unternehmen mit einem Großauftrag, Schulbusse in New York sollten mit den Filtern ausgestattet werden. Aber es nützte wohl alles nichts. Schon 2013 berichtete die SZ über wirtschaftliche Schwierigkeiten. Aus Mitarbeiterkreisen war zu vernehmen, dass die Produktion auf Sparflamme laufe. Von Kurzarbeit war die Rede. Die Insolvenz erteilte damals bereits die Huss-Umwelttechnik in Nürnberg. Auf Großröhrsdorf habe das keinen Einfluss, hieß es. Doch in der Belegschaft gab es schon damals begründete Zweifel an der Zukunft des Unternehmens im Rödertal.



Die Produktion dieser Rußpartikelfilter resultierte aus einem Gemeinschaftsprodukt von Industrie und Wissenschaft. Das droht nun zu scheitern. SZ-Archivfoto: Matthias Schumann

Dies wies Geschäftsführer Rahn damals zurück. Er räumte allerdings zu diesem Zeitpunkt ein, dass das „Marktumfeld für die Nachrüstung von Dieselpartikelfiltern nicht rosig ist“. Er sprach von gravierenden Marktveränderungen. Die schlechte Nachfrage sei jetzt auch aktuell die Ursache für die Insolvenz. So habe es CDC gegenüber der Insolvenzverwaltung mitgeteilt. Vor

gut drei Jahren versuchte CDC noch, mit organisatorischen Änderungen umzusteuern. Huss, so hieß es, habe den Geschäftsschwerpunkt in die USA verlagert, aber den Standort Großröhrsdorf gestärkt und ihm das Europageschäft übertragen. Offensichtlich konnte auch das die Insolvenz nicht verhindern. Die Zukunft des Unternehmens ist offen.